

B

BERICHT
AUS DEM LANDTAG

Ausgabe Dezember 2014

ROT-GRÜN MIT DEM HALBEN LAND IM CLINCH

Thema des Monats
„ROT-GRÜN MIT DEM HALBEN LAND
IM CLINCH“ – CDU-FRAKTIONSCHEF
BJÖRN THÜMLER IM INTERVIEW

Aus dem Parlament
HAUSHALT 2015: NIEDERSACHSEN
GEZIELT STÄRKEN - NEUVERSCHULDUNG
SENKEN

Aktuell
ROT-GRÜNE SCHULGESETZNOVELLE:
IM EILTEMPO ZU EINFALT UND
PERSPEKTIVLOSIGKEIT

Klartext
KEINE SCHÖNE BESCHERUNG

Fraktion unterwegs
VORLESESTUNDE MIT CDU-
LANDTAGSABGEORDNETEN

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen
und Herren,

das Jahr 2014 endet ohne nennenswer-
te politische Initiativen von Rot-Grün.
Die Regierungskoalition ist inzwischen
erkennbar zerstritten. SPD und Grüne
misstrauen sich und arbeiten gegen-
einander. Dies wird beispielsweise bei
der völlig glücklosen Sozialministerin
und der Justizministerin deutlich, letz-
tere wird inzwischen in den Zeitungen
als Pannenministerin bezeichnet.

Offene Kritik üben inzwischen selbst
die Vertreter der SPD – vor allem am
grünen Agrarminister. Die Bundestag-
sabgeordneten bestellen Meyer sogar
zum Rapport nach Berlin. Offensicht-
lich trauen sie der Landtagsfraktion
nicht zu, sich gegen diesen Gegner
des ländlichen Raumes durchzusetzen.
Als CDU-Fraktion kann uns das alles
nicht freuen, denn es lähmt das Land
und verhindert notwendige Reformen.
Niedersachsen war vorne, jetzt verliert
unser Land den Anschluss! Wir werden
weiterhin auf diese Fehler hinweisen
und Alternativen aufzeigen. Das ist
unsere Aufgabe.

Ich wünsche Ihnen ein besinnliches
Weihnachtsfest, einen guten Rutsch
und Gottes Segen.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

THEMA DES MONATS

„ROT-GRÜN MIT DEM HALBEN LAND IM CLINCH“ – CDU-FRAKTIONSCHIEF BJÖRN THÜMLER IM INTERVIEW

Das zweite Jahr für die CDU-Landtagsfraktion in der Opposition neigt sich dem Ende - Zeit für eine Jahresendabrechnung des Fraktionsvorsitzenden

Herr Thümler, wie fällt ihr persönliches Fazit für das Jahr 2014 aus?

Ich denke die Fraktion kann sehr zufrieden sein. Es war insgesamt ein gutes Jahr. Wir haben unsere Oppositionsrolle gut angenommen. Wir schauen der Regierung genau auf die Finger, haken bei Fehlern, Missständen und Problemen konsequent nach und üben, wenn nötig, deutliche Kritik. Darüber hinaus haben wir in diesem Jahr viele eigene Akzente gesetzt - z.B. mit unseren Vorschlägen zur Zukunft von G8/G9 an den niedersächsischen Gymnasien oder mit unserer Kommission zum Verfassungsschutz, die ein eigenes Reformkonzept vorgelegt hat.

Und die Landesregierung?

Wie ist das Jahr 2014 für Rot-Grün gelaufen?

Denkbar schlecht. Wenn man es schafft, innerhalb von gerade einmal zwei Jahren Regierungszeit Lehrer, Eltern, Schüler, Landwirte, Beamte, Jäger und die Kommunen gegen sich aufzubringen, spricht das eine deutliche Sprache. Mittlerweile liegt die Regierung Weil mit dem halben Land im Clinch.

„Die Themen die das Land bewegen, laufen am Ministerpräsidenten vorbei“

Was ist aus ihrer Sicht der Grund dafür?

Ein Grund ist sicherlich die Undurchsichtigkeit dieser Landesregierung. Mit großen Transparenzversprechen in die Legislaturperiode gestartet, erweckt sie inzwischen fast durchgängig den Eindruck, sie hätte etwas zu verbergen. Ob es die Akten im Fall Paschedag sind oder Informationen zu entflohenen Insassen des Justiz- und Maßregelvollzugs – alles wird nur scheinbarweise und auf erheblichen Druck unsererseits herausgegeben. Auch von der angekündigten

Dialogkultur ist nichts zu spüren. Stattdessen begegnet Rot-Grün Gesprächspartnern meist von oben herab. Das kommt nicht gut an im Land.

Sie haben im vergangenen Jahr immer wieder die „Richtungslosigkeit“ der Landesregierung kritisiert. Was meinen Sie damit?

Keine Landesregierung in der Geschichte Niedersachsens hat so wenig durchdacht gehandelt wie die jetzige. Alles, was man hört, ist: Man müsste mal, man könnte mal, man sollte mal. Aber es passiert nichts. Vor allem der Ministerpräsident ist ein Meister der folgenlosen Situationsbeschreibung. Das ist vermutlich das größte Problem dieser Landesregierung – ihr Ministerpräsident. Er wirkt in diesen Tagen und Wochen seltsam entrückt. Die Themen, die das Land bewegen, laufen an ihm vorbei.

Zum Beispiel?

Nehmen wir das Landesraumordnungsprogramm – seit Wochen das bestimmende Thema im Land und für die weitere Entwicklung Niedersachsens von enormer Bedeutung. Eigentlich ein Projekt, für das sich die Staatskanzlei in besonderer Weise interessieren muss. Aber der Ministerpräsident findet in diesem Zusammenhang überhaupt nicht statt. Stattdessen überlässt er das Thema seinem Agrarminister, der in diesem Jahr mit der Jagdzeit- und der Gebührenverordnung für Lebensmittelkontrollen bereits zwei Großprojekte gründlich versemelt hat. Und auch der Entwurf des Landesraumordnungsprogramms ist Meyer um die Ohren geflogen. Nach heftiger Kritik von nahezu allen Seiten musste er ihn jetzt einkassieren und will im kommenden Jahr eine deutlich korrigierte Version vorlegen. Ein Eingeständnis des Scheiterns durch die Landesregierung.

Was genau ist denn das Problem an dem Entwurf?

Er ist zunächst handwerklich einfach schlecht gemacht. Und die zahlreichen Einschränkungen und Vorfestlegungen sind ein Angriff auf die Entwicklungschancen des ländlichen Raums. Meyers Plan, rund 100.000 Hektar – bislang hauptsächlich landwirtschaftlich genutzte Fläche – als Vorranggebiet für Moorschutz auszuweisen, kommt einer kalten Enteignung der betroffenen Landwirte gleich. Zudem entspricht ein derart massiver Eingriff in die Planungshoheit der Kommunen nicht unserem Verständnis von einer fairen Partnerschaft zwischen Land und Kommunen.

Was bräuchte Niedersachsen stattdessen?

Ein zukunftsweisendes Landesraumordnungsprogramm muss den Herausforderungen und Problemen im ganzen Land gerecht werden – in den Großstädten und Ballungsräumen genauso wie im ländlichen Raum. Was wir brauchen ist ein flächendeckendes politisches Konzept, damit sich Städte und Dörfer gleichermaßen entwickeln können. Die rot-grüne Landesregierung versucht Stadt und Land gegeneinander auszuspielen. Das kann nicht gutgehen und zeigt ganz deutlich: Auch nach fast zwei Jahren im Amt hat Rot-Grün Niedersachsen noch immer nicht verstanden.

„Keine rot-grüne Einheitsschule:

Vielfalt im niedersächsischen Schulsystem

muss erhalten bleiben“

Abgesehen vom Landesraumordnungsprogramm – was wird in Niedersachsen das bestimmende Thema der ersten Jahreshälfte in 2015 sein?

In der Schulpolitik wird es definitiv auch im kommenden Jahr heiß hergehen. Die Schulgesetznovelle von SPD und Grünen, die im ersten Halbjahr zur Beratung im Landtag ansteht, birgt großes Konfliktpotential. Die Gesamtschule soll den Status einer „ersetzenden Schulform“ bekommen. Das ist ein klarer Angriff auf alle Gymnasien, Ober-, Real- und Hauptschulen, die künftig durch eine Gesamtschule ersetzt werden können – und nach dem politischen Willen von SPD und Grünen auch sollen. Die Position der CDU-Landtagsfraktion dazu ist eindeutig: Wir wollen keine rot-grüne Einheitsschule. Die Vielfalt des niedersächsischen Bildungssystems muss erhalten bleiben. Dafür werden wir im Landtag kämpfen.

Was würden Sie sich von der Landesregierung für das kommende Jahr wünschen?

Mehr Leidenschaft, mehr Engagement, mehr Ehrgeiz und vor allem mehr Verständnis für das Land Niedersachsen. Das Ziel einer Landesregierung muss es sein, das Bestmögliche aus dem Land herauszuholen und nicht, ihm einen ideologischen Stempel aufzudrücken, der gar nicht zu ihm passt. Eines ist zurzeit sicher: Nie war eine funktionierende Opposition so nötig wie bei dieser Landesregierung. Wir haben diesen Auftrag angenommen.



Björn Thümler, MdB - Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.
Foto: dpa

AUS DEM PARLAMENT

HAUSHALT 2015: NIEDERSACHSEN GEZIELT STÄRKEN - NEUVERSCHULDUNG SENKEN

Ausbau der Infrastruktur, Förderung der Krankenhäuser, Stärkung der ländlichen Regionen und Senkung der Neuverschuldung – Haushaltsantrag der CDU-Landtagsfraktion setzt wesentliche Schwerpunkte

Rund 375 Millionen Euro sollen in den kommenden zwölf Monaten in Niedersachsens Zukunftsfähigkeit investiert werden – das fordert die CDU-Landtagsfraktion in ihrem Haushaltsantrag für das Jahr 2015. Gleichzeitig soll die Neuverschuldung um weitere 130 Millionen Euro sinken. Das sind ehrgeizige Pläne – die aber durchaus umsetzbar sind, wie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und haushaltspolitische Sprecher Reinhold Hilbers erklärt: „Unser Haushaltsentwurf ist komplett gegenfinanziert.“ Möglich macht dies ein Mix aus Einsparungen, Vermögensveränderungen und Mehreinnahmen. „Durch Umschichtungen im Haushalt ist vieles möglich. Es kommt auf eine klare Prioritätensetzung an“, sagt Hilbers. So müsse zum Beispiel der von Rot-Grün aufgeblähte Ministerialapparat wieder verschlankt werden.

Zudem sollen die aktuell günstigen Rahmenbedingungen mit niedrigen Zinsen und hohen Steuereinnahmen genutzt werden, um die Neuverschuldung weiter zu senken. „Weniger Schulden bedeuten weniger Zinsen und bessere Zukunftsaussichten für nachfolgende Generationen“, betont Hilbers. Mit dem Gesamtvolumen von rund 375 Millionen Euro ist der CDU-Haushaltsentwurf deutlich ambitionierter als die gerade einmal 30 Millionen Euro umfassenden Vorschläge der Regierungsfaktionen. Hilbers: „Mit unserem Entwurf treten wir den Beweis an, dass man klare Perspektiven für das Land aufzeigen kann, ohne dafür die Neuverschuldung anheben zu müssen.“

Wirtschaftsstandort Niedersachsen stärken, Krankenhauslandschaft neu ausrichten

Maßgeblich investieren will die CDU-Fraktion unter anderem in die niedersächsische Infrastruktur. „Anders als Rot-Grün haben wir die Bedürfnisse der niedersächsischen Wirtschaft im Blick: Häfen und Landesstraßen müssen den Anforderungen des steigenden Warenverkehrs gewachsen sein“, erklärt Hilbers. Um den Wirtschaftsstandort Niedersachsen weiter zu stärken, sollen innovative Branchen wie die Luft- und Raumfahrtindustrie gefördert werden.

Ein klares Zeichen setzt der CDU-Antrag auch im Hinblick auf das Gesundheitswesen: Um eine moderne, leistungsfähige und wohnortnahe Krankenhausversorgung zu ge-



Reinhold Hilbers, MdB – stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

währleisten, sollen die Investitionsmittel um 20 Millionen Euro angehoben werden. Darüber hinaus ist eine Verpflichtungsermächtigung über 60 Millionen Euro vorgesehen. Mit gleich einer ganzen Reihe von Maßnahmen will die CDU den ländlichen Raum stärken. Dazu zählen u.a. Investitionen in das Dorferneuerungsprogramm, in kleine Museen und in die hausärztliche Versorgung. Hilbers: „Für uns ist der ländliche Raum nicht bloß eine Verwaltungseinheit wie für Rot-Grün, sondern elementarer Bestandteil Niedersachsens. Hier leben immer noch die meisten Menschen unseres Landes.“

Beamte angemessen bezahlen, Fehlerkorrektur in der Bildungspolitik

Festhalten will die CDU am Grundsatz „die Besoldung folgt dem Tarif“. Aktuell ist die von der rot-grünen Landesregierung in ihrem Haushaltsentwurf festgelegte Einkommensentwicklung bei den Beamten vom Verlauf auf dem übrigen Arbeitsmarkt abgekoppelt. „Dieser Zustand verhindert, dass der öffentliche Dienst in Zeiten des Fachkräftemangels attraktiv bleibt“, so Hilbers.

Beim Thema Bildung muss der CDU-Haushaltsantrag vor allem Fehlerkorrektur leisten. Denn nicht nur an den Schulen, auch im Haushalt sorgt der neue Schulgesetzentwurf für Chaos. „Es hat wohl noch keine Landesregierung zuvor eine derartige Unruhe an den niedersächsischen Schulen

ausgelöst, wie die Regierung Weil“, kritisiert CDU-Haushaltsexperte Reinhold Hilbers. Rund 35 Millionen Euro sind nötig, um die Unterrichtserhöhung der Gymnasiallehrer sowie die Aussetzung der Altersermäßigung für alle Lehrer rückgängig zu machen.

Weitere Kernpunkte des CDU-Haushaltsantrags im Überblick:

Wirtschaft:

- zusätzliche 11 Millionen Euro für die niedersächsischen Häfen sowie eine Verpflichtungsermächtigung von 25 Millionen Euro
- 20 Millionen Euro mehr für den Erhalt und Ausbau der Landesstraßen sowie 4 Millionen für das Radwegenetz
- insgesamt sieht der CDU-Antrag rund 44 Millionen Euro mehr für den Bereich Wirtschaft vor, als die rot-grüne Landesregierung

Bildung:

- vollständige Finanzierung der dritten Betreuungskraft in Krippen ab dem 1. Januar 2015 (30 Millionen Euro)
- Fort- und Weiterbildungsangebote zur inklusiven Schule für Grundschullehrer (3 Millionen Euro)
- Förderkurse „Deutsch als Zweitsprache“ sowie Förderunterricht von Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache (4 Millionen Euro)

Innenpolitik:

- Zusätzliche Mittel zum Aufbau ehrenamtlicher Betreuung von Flüchtlingen in den Kommunen (2 Millionen Euro)
- Die in Niedersachsen zur Verfügung stehenden Bundesmittel in Höhe von 50 Millionen Euro sollen in eine fünfte Erstaufnahmeeinrichtung investiert werden – der Rest soll vollständig an die Kommunen fließen

Strukturpolitik:

- Aufstockung der Kompensationsmittel des Bundes für den Wohnungsbau in Höhe von 39,8 Millionen Euro um weitere 10 Millionen Euro Landesmittel

Finanzen:

- Senkung der von Rot-Grün geplanten Nettoneuverschuldung um 130 Millionen Euro auf 470 Millionen Euro – damit soll die „schwarze Null“ bereits 2017 erreicht werden
- Verzicht auf eine Erhöhung der Wasserentnahmegebühr (ca. 20 Millionen Euro) und der Gebühren für Lebensmittelkontrollen (ca. 4 Millionen Euro)



Der steigende Warenverkehr erfordert umfassende Investitionen in die niedersächsische Infrastruktur.

Foto: dpa



Eine leistungsfähige und flächendeckende medizinische Versorgung ist eines der Ziele des CDU-Haushaltsentwurfs.

Foto: dpa



Angemessene Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern sind wichtige Voraussetzungen für eine moderne Schullandschaft und erfolgreiche Schüler.

Foto: dpa

AKTUELL

IM EILTEMPO ZU EINFALT UND PERSPEKTIVLOSIGKEIT

Rot-grüner Schulgesetzentwurf gefährdet Vielfalt des niedersächsischen Bildungssystems – knapp kalkulierte Frist für Stellungnahmen der Verbände sorgt für zusätzlichen Ärger

Im November stellte die rot-grüne Landesregierung ihren Schulgesetzentwurf vor. Die Reaktion von Eltern, Schülern, Lehrern und Bildungsverbänden in Niedersachsen kam prompt: Es hagelte heftige Kritik. Ein in diesem Ausmaß ungewöhnlicher, aber berechtigter Vorgang: Die Wahlmöglichkeit für die Schulform wird drastisch eingeschränkt – genau wie die Anerkennung guter Leistung.

„Die Kultusministerin gefährdet mit dem Gesetz alle bestehenden Schulformen abseits der Gesamtschule. Das gilt für Oberschulen, Hauptschulen und Realschulen genauso wie für das Gymnasium. So wird innerhalb kürzester Zeit ein Einheitsschulsystem entstehen, in dem individuelle Leistungen nicht mehr honoriert werden“, betont der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried.

Durch die Streichung der Förderschulen Sprache und Lernen wird die Vielfalt der niedersächsischen Schullandschaft um einen weiteren Bereich ärmer. Hierunter werden insbesondere die Schüler leiden, die beim Lernen auf spezielle Hilfe angewiesen sind: „Anstatt die Startphase der inklusiven Schule abzuwarten und bei Problemen angemessen nachzusteuern, macht die Ministerin hier den zweiten Schritt vor dem ersten und verwehrt vielen Kindern mit Unterstützungsbedarf den Weg zu einer spezialisierten Förderschule“, kritisiert Seefried.

Auch die klassischen Schulnoten stehen auf der Streichliste von SPD und Grünen. Ebenfalls abgeschafft werden soll die Schullaufbahnpflichtung zum Ende der Grundschulzeit. „Den Eltern wird eine wichtige Orientierungsgrundlage im Hinblick auf den Leistungsstand ihrer Kinder genommen. Stattdessen wird ein Blankoschein für die Versetzung ausgestellt - der Leistungsgedanke wird dann keine Rolle mehr spielen“, sagt Seefried.

Für zusätzliche Verärgerung sorgt die mehr als knapp kalkulierte Frist bis Weihnachten, in der sich Verbände in Stellungnahmen äußern können. Aber auch der Zeitplan bis zur Gesetzesverabschiedung ist äußerst kurz bemessen: „Nach den ersten Beratungen zum Jahresbeginn wird das Gesetz wohl erst kurz vor den Sommerferien 2015 in Kraft treten“, so Seefried. „Der Terminplan für das rot-grüne Schulgesetz gleicht eher einer Treibjagd als einem gut geplanten Gesetzgebungsverfahren. Das wird schon daran

deutlich, dass Erlasse und Verordnungen bis heute noch nicht einmal im Entwurf vorliegen. So wie Ministerin Heiligenstadt mit dem Thema und den Betroffenen umgeht, ist es keine Überraschung, dass Eltern, Schüler und Schulvertreter verunsichert und aufgebracht sind.“



Kai Seefried, MdL – schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.



Einheit statt Vielfalt – der rot-grüne Schulgesetzentwurf gefährdet alle Schulformen abseits der Gesamtschule.

Foto: © bluedesign – Fotolia.com

KLARTEXT:

KEINE SCHÖNE BESCHERUNG

von Frank Oesterhelweg

Die Adventszeit ist traditionell eine fröhliche und gleichsam besinnliche Zeit. Und so zogen in den letzten Wochen auch namhafte Mitglieder der rot-grünen Landesregierung durch das Land und beglückten die Öffentlichkeit mit warmen Worten.

Doch von adventlicher Stimmung ist bei Niedersachsens Landwirten momentan kaum etwas zu spüren. Im Gegenteil: Sie blicken eher sorgenvoll in die Zukunft. Denn während der Ministerpräsident und sein Wirtschaftsminister geradezu salbungsvoll die erfolgreiche niedersächsische Land- und Ernährungswirtschaft loben, setzt der grüne Landwirtschaftsminister seinen „Feldzug“ gegen die Branche unbeirrt fort. Zahlen, Daten, Fakten, Fachkompetenz – für Meyers politische Entscheidungen offenbar keine entscheidenden Faktoren.

In puncto Tierschutzplan beispielsweise gilt längst nicht mehr, was für seinen Vorgänger Gerd Lindemann selbstverständlich war: wissenschaftsbasiert, praxisorientiert, abgestimmt und ergebnisoffen sollte der Plan ursprünglich sein. Stattdessen will Meyer mit dem Kopf durch die Wand. Auch wenn seine Pläne eher zu mehr Tierleid und obendrein wirtschaftlichen Verlusten führen. Egal, Hauptsache es passt ideologisch, scheint Meyers Devise zu lauten.

Da helfen auch die mit Floskeln gespickten Schmeicheleien von SPD-„Agrarexperte“ Siebels bei der jüngsten Mitgliederversammlung des Landvolkes nicht mehr. Der Minister selbst war gar nicht erst erschienen. Er wird schon wissen, warum.

Und als würde die Niedersächsische Landwirtschaft die fortwährende Grundsatzdebatte mit ihrem Minister über Methoden und Arbeitsweisen nicht schon genug plagen, kommt jetzt auch noch ein völlig vermurkstes Landesraumordnungsprogramm dazu. Keine schöne Bescherung!



Frank Oesterhelweg, MdL – stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

Geht es nach dem Landwirtschaftsminister sollen künftig mehr als 100.000 Hektar Fläche in Niedersachsen im Sinne des Moorschutzes wiedervernässt werden – neben Friedhofsflächen und Baugebieten betreffen Meyers Pläne, na klar, zu zwei Dritteln landwirtschaftliche Nutzflächen. Und die Familien, die das Land vor mehr als 100 Jahren für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung urbar gemacht haben? Wenn Meyer seine Pläne umsetzt, müssten sie ihre Sachen packen und mit ihnen die zahlreichen Arbeitnehmer in den vor- und nachgelagerten Bereichen.

Vor diesem Hintergrund erscheint das Grußwort von Wirtschaftsminister Lies auf der ersten „Branchenkonferenz Ernährungsindustrie Norddeutschland“ im November, in dem er die „immense Bedeutung der Ernährungsindustrie für Wertschöpfung und Beschäftigung“ hervorhob, wie eine vorweihnachtliche Beruhigungsspiel für die Landwirte. Schöne Worte, mehr nicht. Denn sicher ist: Wer sich von Lies einseifen lässt, wird von Meyer rasiert!

Auch vom Ministerpräsidenten können die Landwirte kaum Unterstützung erwarten. Ob er seinen Landwirtschaftsminister nicht bremsen kann oder nicht bremsen will, weil er Meyers Pläne tatsächlich gut heißt, weiß nur er selbst. Der einzige Rote, dem man wirklich vertrauen kann, ist und bleibt eben der Weihnachtsmann!

DIE FRAKTION UNTERWEGS

VORLESESTUNDE MIT CDU-LANDTAGSABGEORDNETEN

Gebannte Stille und ein aufmerksames, junges Publikum – auch für Politikprofis wie die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion keine alltägliche Erfahrung. Eine kleine Auszeit von Debatten mit Zwischenrufen und aufgeheizter Stimmung nahmen sich viele Mitglieder der CDU-Fraktion am 21. November und zwar für einen guten Zweck: Im Rahmen des jährlichen „Bundesweiten Vorlesetags“ besuchten sie Kindergärten und Grundschulen in ganz Niedersachsen für eine gemütliche Lesestunde. Mit der Aktion soll möglichst früh die Freude am Lesen geweckt und Kinder mit dem geschriebenen und erzählten Wort in Kontakt gebracht werden. Eine Abwechslung nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Politiker, die gemeinsam mit knapp 81.000 anderen freiwilligen Vorlesern in diesem Jahr einen neuen Rekord aufstellten.



Jens Nacke brachte den Kindern in Portsloge eine Geschichte vom „kleinen Drachen Kokosnuss“ mit in die Vorlesestunde und schenkte ihnen das Buch anschließend.



Ingrid Klopp las an der Grundschule in Ehra-Lessin vor.



Gudrun Pieper las in der Grundschule Vorbrück Geschichten von den „Olchis“ vor.



Auch Björn Thümmler erfreute sein junges Publikum mit vorgelesenen Abenteuern der „Olchis“.

TERMINE

22. Dezember 2014 - 05. Januar 2015
Weihnachtsferien in Niedersachsen

15. Januar
Norddeutsche Fraktionsvorsitzendenkonferenz der CDU in Hamburg

18. - 19. Januar
Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU in Brüssel

20. - 22. Januar
Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages

IMPRESSUM

Herausgeber:
 CDU-Fraktion
 im Niedersächsischen Landtag
 Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
 30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:
 Jens Nacke MdL
 Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:
 Anna Anding
 Dr. Eike Frenzel
 Sabine Busse
 Philip Ossenkopp
 Telefon (05 11) 3030-4119

bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook
<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>

